



Beschlusskammer 8

Aktenzeichen: BK8-17/1893-21

Beschluss

In dem Verwaltungsverfahren nach § 29 Abs. 1 EnWG i.V.m. § 32 Abs. 1 Nr.1, § 4 Abs. 4 S. 1 Nr. 1 i.V.m. § 10 ARegV und § 34 Abs. 7 S. 1 ARegV

wegen **Anpassung der kalenderjährlichen Erlösbergrenzen
auf Grund eines Erweiterungsfaktoranspruches**

hat die Beschlusskammer 8 der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation,
Post und Eisenbahnen, Tulpenfeld 4, 53113 Bonn,

durch den Vorsitzenden Karsten Bourwieg,
den Beisitzer Bernd Petermann
und den Beisitzer Stefan Albrecht,

auf Antrag der der inetz GmbH, Augustusburger Str. 1, 09111 Chemnitz, gesetzlich vertreten
durch die Geschäftsführung,

- Antragstellerin -

am 20.11.2019 beschlossen:

1. Der Beschluss vom 19.07.2019 (Aktenzeichen: BK8-16/1893-21) wird hinsichtlich der Werte zur Anpassung der kalenderjährlichen Erlösobergrenzen auf Grund eines Erweiterungsfaktor-antrages für das Jahr 2018 wie folgt abgeändert:
Dem Antrag auf Anpassung der mit Beschluss vom 14.11.2014 (Aktenzeichen: BK8-12/1893-11) festgelegten Erlösobergrenze für das Jahr 2018, zuletzt geändert durch den Beschluss vom 03.09.2018 (Aktenzeichen: BK8-17/1893-71), wird in Höhe der **Anlage 2** stattgegeben. Im Übrigen wird der Antrag abgelehnt.
2. Hinsichtlich der Kosten ergeht eine gesonderte Entscheidung.

Gründe

I.

Die Antragstellerin hat mit Schreiben vom 27.06.2017, eingegangen bei der Regulierungsbehörde am 30.06.2017, und mit Übermittlung des Erhebungsbogens über das Energiedatenportal einen Antrag auf Anpassung der mit Beschluss vom 14.11.2014 (Aktenzeichen: BK8-12/1893-11) festgelegten Erlösobergrenzen gemäß § 4 Abs. 4 S. 1 Nr. 1 i.V.m. § 10 ARegV gestellt. Die von der Antragstellerin beantragten Anpassungen sind aus **Anlage 1** dieses Beschlusses ersichtlich.

Der am 09.02.2018 in einer aktualisierten Fassung über das Energiedatenportal der Bundesnetzagentur übermittelte Erhebungsbogen liegt der Entscheidung zu Grunde.

Mit Beschluss vom 19.07.2019 unter dem Aktenzeichen BK8-16/1893-21 wurden die Werte zur Anpassung der kalenderjährlichen Erlösobergrenzen auf Grund eines Erweiterungsfaktor-antrages der Antragstellerin für die Jahre 2017 und 2018 zuletzt festgelegt. Durch diesen Beschluss wird die vorstehende Entscheidung nur hinsichtlich des Kalenderjahres 2018 abgeändert.

Die Beschlusskammer 8 hat den Antrag geprüft und der Antragstellerin gemäß § 67 Abs. 1 EnWG unter anderem mit Schreiben vom 05.09.2019 Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Antragstellerin hat insbesondere mit Schreiben vom 20.09.2019, mit der E-Mail vom 16.10.2019 sowie mit den Telefonaten am 01.10.2019 und am 05.11.2019 Stellung genommen. Im Rahmen der Stellungnahmen hat die Antragstellerin insbesondere zu der Berücksichtigung des Strukturparameters versorgte Fläche vorgetragen. Darin hat sie ihren Standpunkt aus dem Antrag bekräftigt, wonach als Datengrundlage für die Berechnung der

Veränderung bei der versorgten Fläche für das Basisjahr die Werte in der alten Systematik ALB und für den Antragszeitpunkt in der neuen Systematik ALKIS zugrunde zu legen seien. Dies begründet sie damit, dass zum einen auf diese Weise die Angaben aus dem Basisjahr (in der alten Systematik ALB) dem Wert entsprechen würden, der in den Effizienzvergleich eingeflossen ist, zum anderen seien die vom Statistischen Landesamt Sachsen veröffentlichten Flächen zum Antragszeitpunkt ausschließlich in der neuen Systematik ALKIS verfügbar.

Die Landesregulierungsbehörde, in deren Gebiet der Netzbetreiber seinen Sitz hat, wurde gemäß § 55 Abs. 1 EnWG über die Einleitung des Verfahrens informiert.

Dem Bundeskartellamt und der Landesregulierungsbehörde, in deren Bundesland der Sitz des Netzbetreibers belegen ist, wurde gemäß § 58 Abs.1 S. 2 EnWG Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben.

Wegen der weiteren Einzelheiten wird auf die Verfahrensakte verwiesen.

II.

Die Anpassung der Erlösbergrenzen der Antragstellerin ergeht auf Grundlage des § 29 Abs. 1 EnWG i.V.m. § 32 Abs. 1 Nr. 1, § 4 Abs. 4 S. 1 Nr. 1 i.V.m. § 10 ARegV und § 34 Abs. 7 S. 1 ARegV. Dem Antrag war im tenorisierten Umfang stattzugeben.

1. **Zuständigkeit**

Die Bundesnetzagentur ist gemäß § 54 Abs. 1 und 3 EnWG die zuständige Regulierungsbehörde.

Die Zuständigkeit der Beschlusskammer ergibt sich aus § 59 Abs. 1 S. 1 EnWG.

2. **Ermächtigungsgrundlage**

Die beantragten Anpassungen bedürfen gemäß § 29 Abs. 1 EnWG i.V.m. § 32 Abs. 1 Nr. 1, § 4 Abs. 4 S. 1 Nr. 1 ARegV und § 34 Abs. 7 S. 1 ARegV der Festlegung durch die Regulierungsbehörde. Die Anpassung ist gemäß § 4 Abs. 4 S. 1 Nr. 1 i.V.m. § 10 ARegV festzulegen, soweit die beantragten Anpassungen den dort geregelten Anforderungen entsprechen.

Die Regulierungsbehörde hat für die laufende Regulierungsperiode vom 01.01.2014 bis 31.12.2018 die Obergrenzen der zulässigen Gesamterlöse des Netzbetreibers aus den Netzentgelten (Erlösobergrenze) für jedes Kalenderjahr der gesamten Regulierungsperiode gemäß § 4 Abs. 1 ARegV nach Maßgabe der §§ 5 bis 16, 19 und 24 ARegV bestimmt. Die Bestimmung der kalenderjährlichen Erlösobergrenzen erfolgte durch Festlegung nach § 32 Abs. 1 Nr. 1 ARegV i.V.m. § 29 Abs. 1 EnWG.

Zur Bestimmung der Höhe der Anpassungen der kalenderjährlichen Erlösobergrenzen der Antragstellerin wird der anerkennungsfähige Erweiterungsfaktor (EF_t) gemäß der in Anlage 2 zu § 10 ARegV enthaltenen Formel und der Festlegungen BK8-10/004 bis 010 bzw. der Festlegung vom 22.09.2010 des Ministeriums für Wirtschaft und Europaangelegenheiten des Landes Brandenburg als Landesregulierungsbehörde zur Verwendung anderer Parameter zur Ermittlung des Erweiterungsfaktors nach § 10 Abs. 2 S. 2 Nr. 4 ARegV für Elektrizitätsverteilernetzbetreiber ermittelt. Aufgrund der Änderung des § 23 ARegV, die am 22.08.2013 in Kraft getreten ist, können Investitionen in der Hochspannungsebene nur im Rahmen von Investitionsmaßnahmen geltend gemacht werden.

In dem Beschluss BK8-13/1893-21 vom 02.02.2018 sind die Investitionen und Kosten der Hochspannungsebene berücksichtigt worden. Die Berücksichtigung erfolgte auf Grund der Entscheidungen des OLG Düsseldorf (Beschlüsse v. 20.09.2017, VI-3 Kart 38/16 [V] und VI-3 Kart 75/16 [V]). Für alle Folgeanträge (2014 bis 2017) ist eine Berücksichtigung der Hochspannungsebene auf Grund des Wortlauts des § 10 Abs. 4 ARegV indes ausgeschlossen.

Im Übrigen ist der Vorrang des Erweiterungsfaktors zu beachten.

Für die Spannungsebenen Mittelspannung und Niederspannung ist:

$$EF_{t,Ebenci} = 1 + \frac{1}{2} * \max \left[\frac{F_{t,i} - F_{o,i}}{F_{o,i}}; 0 \right] + \frac{1}{2} * \max \left[\frac{(AP_{t,i} + z_i * EP_{t,i}) - (AP_{o,i} + z_i * EP_{o,i})}{(AP_{o,i} + z_i * EP_{o,i})}; 0 \right]$$

$$\text{mit } z_i = \begin{cases} 1, \text{ wenn } \frac{I_{t,i+v}}{L_{t,i} \cdot \text{Entnahme}} \leq 0,3 \\ \max \left[\frac{\sqrt{EP_{t,i}} - \sqrt{EP_{o,i}}}{\sqrt{AP_{t,i} + EP_{t,i}} - \sqrt{AP_{o,i} + EP_{o,i}}}; 1 \right], \text{ wenn } \frac{I_{t,i+v}}{L_{t,i} \cdot \text{Entnahme}} > 0,3 \end{cases}$$

mit $AP_{t,i} = AP_{o,i}$, wenn $AP_{t,i} < AP_{o,i}$
mit $EP_{t,i} = EP_{o,i}$, wenn $EP_{t,i} < EP_{o,i}$

Für die Umspannebenen Hochspannung/Mittelspannung und Mittelspannung/Niederspannung ist:

$$EF_{t,Ebene i} = 1 + \max \left[\frac{L_{t,i} - L_{o,i}}{L_{o,i}}; 0 \right]$$

$$L_i = \begin{cases} L_i^{Entnahme}, & \text{wenn } \frac{I_{t,i+v}}{L_{t,i}^{Entnahme}} \leq 1,3 \\ L_i^{Entnahme / Einspeisungen}, & \text{wenn } \frac{I_{t,i+v}}{L_{t,i}^{Entnahme}} > 1,3 \end{cases}$$

Der Erweiterungsfaktor für das gesamte Netz ist der gewichtete Mittelwert über alle Netz- und Umspannebenen.

Der Faktor für die Spannungsebene Hochspannung beträgt stets 1.

Der so ermittelte Erweiterungsfaktor wird in die in der in Anlage 1 zu § 7 ARegV enthaltenen Regulierungsformel eingesetzt. Unberücksichtigt bleiben bei der Berechnung die dauerhaft nicht beeinflussbaren Kosten gem. § 4 Abs. 3 i. V. m § 11 Abs. 2 ARegV ($KA_{dnb,t}$), die Zu- und Abschläge aufgrund eines Qualitätselementes gem. § 19 ARegV (Q_t), die Differenz zwischen dem volatilen Kostenanteil, der nach § 11 Abs. 5 ARegV im Jahr t Anwendung findet, und dem volatilen Kostenanteil nach § 11 Abs. 5 ARegV des Basisjahres ($VK_t - VK_0$) sowie die Zu- oder Abschläge resultierend aus dem Saldo des Regulierungskontos gemäß § 5 Abs. 4 S. 2 ARegV (S_t), da diese Formelelemente für die Ermittlung der Anpassung der kalenderjährlichen Erlösobergrenzen aufgrund eines Erweiterungsfaktoranschlages irrelevant sind.

$$EO_t = KA_{dnb,t} + (KA_{vnb,0} + (1 - V_t) \cdot KA_{b,0}) \cdot \left(\frac{VPI_t}{VPI_0} - PF_t \right) \cdot EF_t + Q_t + (VK_t - VK_0) + S_t$$

Die Anpassung der Erlösobergrenze ergibt sich dann aus der Differenz der durch den Beschluss vom 14.11.2014 (Aktenzeichen: BK8-12/1893-11) festgelegten Erlösobergrenzen der Antragstellerin, korrigiert um Netzgebietsveränderungen und der sich nunmehr unter Berücksichtigung des Erweiterungsfaktors ergebenden Erlösobergrenzen.

Die bereits mit Beschluss vom 19.07.2019 unter dem Aktenzeichen BK8-16/1893-21 genehmigten Anpassungen werden für das Kalenderjahr 2018 durch den vorgenannten Wert ersetzt und sind damit gegenstandslos.

Die festgelegten Anpassungen der kalenderjährlichen Erlösobergrenzen der Antragstellerin ergeben sich aus der **Anlage 2**.

3. Anspruch auf Anpassung der Erlösobergrenze

Die Antragstellerin hat dem Grunde nach einen Anspruch auf Anpassung der Erlösobergrenze gemäß § 4 Abs. 4 S. 1 Nr. 1 i.V.m. § 10 ARegV. Sie hat die Anpassung frist- und formgerecht beantragt und ihre Versorgungsaufgabe hat sich nachhaltig geändert.

3.1. Antragsgegenstand

Gegenstand des Antrages auf Anpassung der Erlösobergrenze 2018 aufgrund eines Erweiterungsfaktor-Antrags ist die Erhöhung der bereits festgelegten Erlösobergrenzen um die Differenz der mit Beschluss vom 14.11.2014 (Aktenzeichen: BK8-12/1893-11) festgelegten Erlösobergrenzen der Antragstellerin, korrigiert um Netzgebietsveränderungen, zu den sich nunmehr unter Berücksichtigung des Erweiterungsfaktors ergebenden Erlösobergrenzen. Die von der Antragstellerin beantragten Anpassungen und die von ihr dargelegte Ermittlung des Erweiterungsfaktors ergeben sich aus **Anlage 1** dieses Beschlusses.

3.2. Veränderungen der Versorgungsaufgabe

Die Antragstellerin hat nachgewiesen, dass sich ihre Versorgungsaufgabe erheblich verändert hat, da sich durch die Erweiterungsinvestitionen die jährlichen Gesamtkosten nach Abzug der dauerhaft nicht beeinflussbaren Kostenanteile sowie der Kosten für die Netzebene Hochspannung um mindestens 0,5 Prozent erhöht haben, § 10 Abs. 2 S. 3 ARegV.

Die Beschlusskammer hat die in Tabellenblatt E. „Kosten für Erweiterungsmaßnahmen“ bezeichneten Erweiterungsinvestitionen und deren Bruttoinvestitionssumme im Rahmen einer eigenen Prüfrechnung verwendet und die jährlichen Kosten der Erweiterungsinvestitionen ermittelt.

Mit der vorliegenden Genehmigung ist keine Anerkennung der von der Antragstellerin angegebenen Kosten verbunden; insoweit besteht auch keine Präjudizwirkung für nachfolgende Kostenprüfungen.

Eine nachhaltige Änderung der Versorgungsaufgabe liegt vor, wenn sich die in § 10 Abs. 2 S. 2 ARegV genannten Parameter dauerhaft und in erheblichem Umfang ändern. Bei ledig-

lich temporärer Veränderung dieser Parameter liegt keine nachhaltige Veränderung der Versorgungsaufgabe vor.

Von einer Änderung in erheblichem Umfang ist gem. § 10 Abs. 2 S. 3 ARegV dann auszugehen, wenn sich durch die Erweiterungsinvestitionen die jährlichen Gesamtkosten des Netzbetreibers nach Abzug der dauerhaft nicht beeinflussbaren Kostenanteile sowie der Kosten für die Netzebene Hochspannung um mindestens 0,5 Prozent erhöhen.

Die Erheblichkeitsgrenze ist überschritten wenn:

$$\frac{KAEW - KAEW_{dnb} - KAEW_{HS}}{GK_{2011} - KA_{dnb,2011} - KA_{HS,2011}} \cdot 100\% \geq 0,5\%$$

KAEW bezeichnet die Summe der jährlichen Kosten der Erweiterungsinvestitionen, welche im Zeitraum zwischen dem Ende des Basisjahrs (31.12.2011) und dem Antragszeitpunkt angefallen sind. Diese jährlichen Kosten sind nach den Vorgaben der StromNEV zu ermitteln. Die jährlichen Kosten der Erweiterungsinvestition werden für das Jahr der Aktivierung bestimmt. Hiervon sind die darin enthaltenen, nach § 11 Abs. 2 ARegV zu bestimmenden, dauerhaft nicht beeinflussbaren Kosten [KAEW_{dnb}] sowie die Kosten der Netzebene Hochspannung [KAEW_{HS}] abzuziehen.

Bei den jährlichen Gesamtkosten der Antragstellerin [GK₂₀₁₁] i.S.d. § 10 Abs. 2 S. 3 ARegV handelt es sich um die Gesamtkosten im Basisjahr, die der Erlösobergrenze als Ausgangsniveau zu Grunde liegen. Hiervon sind die dauerhaft nicht beeinflussbaren Kosten [KA_{dnb}] im Basisjahr sowie die Kosten, die auf die Netzebene Hochspannung entfallen, abzuziehen.

Die im Rahmen des Erweiterungsfaktors zu berücksichtigenden Investitionsmaßnahmen umfassen lediglich Erweiterungsmaßnahmen.

Darüber hinaus geltend gemachte Investitionen, die möglicherweise auch kostenwirksam werden, sind nicht berücksichtigungsfähig. Insbesondere Ersatz- und Umstrukturierungsmaßnahmen erfüllen nicht die Anforderungen des § 4 Abs. 4 S. 1 Nr. 1 i.V.m. § 10 ARegV, denn der Erweiterungsfaktor soll ausschließlich sicherstellen, dass Kosten für Erweiterungsinvestitionen, die sich bei einer nachhaltigen Änderung der Versorgungsaufgabe des Netzbetreibers im Laufe der Regulierungsperiode ergeben, bei der Bestimmung der Erlösobergrenze berücksichtigt werden.

Erweiterungsinvestitionen haben die Vergrößerung eines bestehenden oder die Schaffung eines neuen Leistungspotentials zum Ziel, d.h. sie ermöglichen eine Kapazitätsausweitung. Unter Erweiterungsinvestitionen sind somit Maßnahmen zu verstehen, die das bestehende Netz vergrößern. Dabei beschränkt sich die Vergrößerung nicht allein auf die physikalische Netzlänge, sondern umfasst auch die Maßnahmen zur Schaffung von größerem Kapazitätsumfang bzw. Transportmengen. Transportmengen.

Die Einordnung der Investitionen erfolgt anhand dieser Definitionen. Die Bezeichnung der einzelnen Investitionsmaßnahmen gibt Aufschluss über deren Verwendungszweck. Alle Bezeichnungen, die z.B. Erneuerungsmaßnahmen oder Ersatz störanfälliger Kabel und Leitungen betreffen, sind aus dem Kostenblock auszusondern.

Es ist nicht ersichtlich, dass es sich bei den von der Antragstellerin angesetzten Kosten nicht um Kosten aus Erweiterungsinvestitionen handelt, sie werden somit von der Beschlusskammer im Rahmen der Erheblichkeitsprüfung vollumfänglich berücksichtigt.

Im Rahmen der Ermittlung der Kosten für die Erweiterungsmaßnahmen kann die Antragstellerin OPEX und CAPEX ansetzen.

Für die Betriebskosten (OPEX) gilt, dass pauschale Zuschläge anhand der Investitionssumme nicht zulässig sind. Vielmehr können nur nachweisbare Betriebskosten berücksichtigt werden.

Die kalkulatorischen Kapitalkosten (CAPEX) der Erweiterungsmaßnahmen beinhalten Abschreibungen, Eigen- und Fremdkapitalverzinsung für Anlagen im Bau und Sachanlagevermögen, die bis zum Antragszeitpunkt anfallen.

Sofern eine Anlage im Bau bis zum Antragszeitpunkt noch nicht in Betrieb genommen wurde kann nur die Verzinsung angesetzt werden. Aktiviertes Sachanlagevermögen wird mit den Kosten des auf die Aktivierung folgenden Jahres angesetzt.

Zur vereinfachten Berechnung der Kapitalkosten der Erweiterungsinvestitionen ist es nach Auffassung der Beschlusskammer sachgerecht, einen wie folgt zu ermittelnden Mischzinsatz anzusetzen:

$$\begin{aligned} \text{Zins gewichtet} = & \quad \text{Anteil EK [\%]} * \text{EK-Zins [\%]} \\ & + \quad (\text{Anteil FK [\%]} - \text{Anteil unverzinsliches FK [\%]}) * \text{FK-Zins [\%]} \end{aligned}$$

+ Anteil unverzinsliches FK [%] * 0%.

Die Zinssätze und die prozentualen Anteile von Eigenkapital, Fremdkapital und Abzugskapital am betriebsnotwendigen Kapital ergeben sich hierbei aus dem Ausgangsniveau nach § 6 ARegV.

Der Eigenkapitalzinssatz des Ausgangsniveaus beträgt 9,05% für Neuanlagen und der Fremdkapitalzinssatz des Ausgangsniveaus beträgt 3,98 %.

Die Verwendung der Zinssätze des Ausgangsniveaus ist vorliegend geboten, um den Aufwand der Ermittlung der Kosten zur Bestimmung der Erheblichkeitsgrenze im Rahmen des Erweiterungsfaktors zu reduzieren und ein einheitliches Vorgehen zu gewährleisten.

4. Höhe der Anpassungen der Erlösobergrenzen

Die Höhe der Anpassung der Erlösobergrenze sowie der anerkennungsfähige Erweiterungsfaktor ergeben sich aus **Anlage 2**.

4.1. Ermittlung des Erweiterungsfaktors

Die Beschlusskammer hält auf Grund des Antrages der Antragstellerin einen Erweiterungsfaktor in Höhe von [REDACTED] für begründet.

Der anerkennungsfähige Erweiterungsfaktor (EF_1) wurde nach der in **Anlage 2** zu § 10 ARegV enthaltenen Formel und der Festlegung zur Verwendung anderer Parameter zur Ermittlung des Erweiterungsfaktors nach § 10 Abs. 2 S. 2 Nr. 4 ARegV für Elektrizitätsverteilernetzbetreiber vom 08.09.2010 ermittelt.

Zur Ermittlung des Erweiterungsfaktors hat die Antragstellerin die Parameter Fläche, Anschlusspunkte, Einspeisepunkte und Jahreshöchstlast und die Gewichtung gemäß **Anlage 1** angegeben. Die Beschlusskammer hat der Entscheidung die Parameter und die Gewichtung gemäß **Anlage 1** zu Grunde gelegt. Dieser Entscheidung liegen folgende Erwägungen zu Grunde.

4.1.1. Parameter

Zur Ermittlung des Erweiterungsfaktors sind die Parameter Fläche des versorgten Gebietes (F), Anzahl der Anschlusspunkte (AP), Anzahl der Einspeisepunkte (EP) nach der konkreti-

sierenden Festlegung zur Verwendung anderer Parameter zur Ermittlung des Erweiterungsfaktors nach § 10 Abs. 2 S. 2 Nr. 4 ARegV für Elektrizitätsverteilernetzbetreiber (vgl. Ziffer 2.) sowie die Höhe der Last (L) im Basisjahr und im Jahr t der Regulierungsperiode heranzuziehen.

Der Begriff der versorgten Fläche bezeichnet diejenige Fläche innerhalb des erschlossenen Gebiets, die über das Stromversorgungsnetz versorgt wird und auf der amtlichen Statistik zur Bodenfläche nach Art der tatsächlichen Nutzung der Statistischen Landesämter beruht. Als versorgte Fläche in der Niederspannung wird insoweit die bebaute Fläche („Gebäude und Freiflächen (nur bebaute Fläche)“; Flächenschlüssel 100/200) sowie Straßen, Wege und Plätze (Flächenschlüssel 510/520/530) verstanden. Wird eine Gemeinde von mehreren Netzbetreibern versorgt, sind lediglich die entsprechenden Flächenanteile zu berücksichtigen und anzugeben. Die versorgte Fläche entspricht somit dem Konzessionsgebiet abzüglich nicht versorgter Flächen wie bspw. Wälder, Seen, Flüsse und nicht erschlossenen Gebiete. Die versorgte Fläche in der Mittelspannung entspricht dagegen der geografischen Fläche des Versorgungsgebiets.

Ein Anschlusspunkt ist ein Punkt, an dem Strom aus einem Netz eines Netzbetreibers an Letztverbraucher, nachgelagerte Netze - eigene und fremde - oder Weiterverteiler übergeben werden kann.

Hierbei sind wie im Effizienzvergleich nur die aktiven Anschlusspunkte zu berücksichtigen.

Ein Einspeisepunkt ist ein Punkt, an dem Strom von dezentralen Erzeugungsanlagen in das eigene Netz eingespeist wird. Anlagen, die als in Betrieb genommen gelten, aber noch keinen Strom in das Elektrizitätsnetz einspeisen, werden nicht berücksichtigt. Hierzu gehören nicht, soweit die Belastungsgrenze nicht überschritten ist, in der Niederspannung Einspeisepunkte der EEG-Anlagen, die zugleich Anschlusspunkte sind. Nach § 9 Abs. 3 EEG gelten mehrere Anlagen zur Erzeugung von Strom aus solarer Strahlungsenergie als eine Anlage, wenn sie sich auf demselben Grundstück oder Gebäude befinden und sie innerhalb von zwölf aufeinanderfolgenden Kalendermonaten in Betrieb genommen worden sind.

Im Hinblick auf den Ersatz von alten Anlagen durch neue leistungsstärkere Anlagen (Repowering) wird die Anwendung des Parameters „Anzahl der Einspeisepunkte dezentraler Erzeugungsanlagen“ insofern berücksichtigt, als dass im Fall des Repowerings keine Saldierung von hinzukommenden und weggefallenen Einspeisepunkten erfolgt; d.h. es wird sowohl der wegfallende als auch der neu errichtete Einspeisepunkt gezählt.

Dezentrale Erzeugungsanlagen sind nicht ausschließlich innerhalb der Netzebene, sondern auch in die Umspannebene (beispielsweise über die Sammelschiene) integriert. In einer solchen Anschlusssituation sind die Einspeisepunkte der Umspannebene zuzuordnen und werden nicht als Einspeisepunkte in der Netzebene berücksichtigt.

Die zeitgleiche Jahreshöchstlast ist die höchste zeitgleiche Summe der viertelstündlichen Leistungswerte aller Entnahmen aus der Umspannstufe. Zur Ermittlung sind, soweit vorhanden, Messwerte heranzuziehen. Verfahren zur Bildung von Ersatzwerten sind zu dokumentieren.

4.1.1.1. Parameter im Basisjahr

Das Kalenderjahr, in dem das der Kostenprüfung zugrunde liegende Geschäftsjahr endet, gilt gemäß § 6 Abs. 1 S. 4 ARegV als Basisjahr im Sinne dieser Verordnung. Als Basisjahr für die zweite Regulierungsperiode gilt gemäß § 6 Abs. 1 S. 4 ARegV das Jahr 2011. Für die Parameter im Basisjahr hat die Antragstellerin die Parameterwerte zum Stand 31.12.2011 anzugeben. Von Netzbetreibern im Regelverfahren wurden diese Parameter bereits im Rahmen des Effizienzvergleichs vorgelegt, daher waren keine weiteren Nachweise erforderlich. Die Beschlusskammer hat die angegebenen Parameter in dem aus **Anlage 1** ersichtlichen Umfang der Entscheidung zu Grunde gelegt. Die Anzahl der Anschlusspunkte von gleichen fremden Netzebenen im Basisjahr wurde in den Netzebenen MS und NS entsprechend dem Nachweis der Antragstellerin vom 14.09.2018 in Höhe von [REDACTED] Stück [REDACTED] Stück (Ebene NS) berücksichtigt. Insgesamt erhöhte sich somit die Anzahl der Anschlusspunkte in der Ebene MS von [REDACTED] auf [REDACTED] Stück und in der Ebene NS von [REDACTED] auf [REDACTED] Stück.

Da die Erlösobergrenze auf Grund von teilweisen Netzübergängen nach § 26 Abs. 2 ff. ARegV abgeändert wurde, sind die Parameter- und Kostenwerte des Basisjahres um diese Netzübergänge zu bereinigen. Die Korrekturen entsprechen den Werten in der jeweiligen Anlage 4 des Beschlusses BK8-16/1645-730 und des Beschlusses BK8-17/1893-71 zum Netzübergang nach § 26 ARegV.

Die Parameter der Hochspannungsebene bleiben gemäß § 10 Abs. 4 ARegV unberücksichtigt.

4.1.1.2. Parameter im Jahr t der Regulierungsperiode

Für die Parameter im Jahr t der jeweiligen Regulierungsperiode können nur Ist-Werte bis zum Zeitpunkt der Antragstellung (max. 30.06. des Antragsjahres) in Ansatz gebracht werden. D.h. die Änderungen müssen zum 30.06.2017 bereits tatsächlich eingetreten sein. Der Ansatz von Planwerten ist ausgeschlossen.

Die Antragstellerin hat ihrem Antrag nur Ist-Werte bis zum Antragszeitpunkt zugrunde gelegt und diese durch Vorlage von Belegen nachgewiesen. Die Beschlusskammer hat die Parameter in der aus **Anlage 1** ersichtlichen Höhe bei der Berechnung des Erweiterungsfaktors verwendet.

Hinsichtlich der Parameter versorgte und geografische Fläche zum Antragszeitpunkt hat die Antragstellerin mit Schreiben vom 06.01.2017 und vom 25.05.2018 vorgetragen, dass die durch das Statistische Landesamt Sachsen veröffentlichten Flächen seit dem Datenstand 31.12.2015 ausschließlich auf der Systematik ALKIS basierten und nach ALB zurückgerechnet seien. In dem Antrag vom 27.06.2017 führt die Antragstellerin aus, dass die Angabe zu der versorgten Fläche, welche im Erhebungsbogen zum Antragszeitpunkt (Datenstand: 31.12.2016) zugrunde gelegt sei, ausschließlich auf der Systematik ALKIS basiere und nicht nach ALB zurückgerechnet sei. Darüber hinaus könnten die Daten vom Statistischen Landesamt Sachsen seit dem Jahr 2015 nur noch auf Gemeindeebene zur Verfügung gestellt werden. Somit komme in dem vorliegenden Antrag das komplette Stadtgebiet Chemnitz auf der Systematik ALKIS zur Anwendung, welches von der Antragstellerin jedoch nur zum Teil versorgt wird. Dem Basisjahr liegen hingegen Werte aus dem Effizienzvergleich auf Basis dieser Teilversorgung des Stadtgebietes auf der ALB-Systematik zugrunde. Der von der Antragstellerin zum Antragszeitpunkt geltend gemachte Zuwachs der versorgten Fläche um [REDACTED] km² innerhalb eines Jahres (zwischen dem 31.12.2015 und dem 31.12.2016) erscheint vor dem Hintergrund der Erfahrungen aus anderen Erweiterungsfaktorverfahren und auch vor dem Hintergrund der gesamten Steigerungen der Vorjahre in Höhe von [REDACTED] km² innerhalb von vier Jahren (zwischen dem Basisjahr 31.12.2011 und dem 31.12.2015), bezogen jeweils auf das gesamte Stadtgebiet Chemnitz, [REDACTED]. Bei der Bestimmung des Erweiterungsfaktors soll ausschließlich auf die tatsächlichen Flächenerweiterungen abgestellt werden und gerade nicht, wie im vorliegenden Fall, [REDACTED]

Nachdem die Veröffentlichung der Flächendaten durch das Statistische Landesamt Sachsen nur noch nach der ALKIS-Systematik erfolgt und eine Rückmigration in die ALB-Systematik nicht mehr möglich ist, hat die Beschlusskammer zu diesem Sachverhalt Kontakt mit der

Regulierungsbehörde des Landes Sachsen aufgenommen. Der Landesregulierungsbehörde liegen jedoch keine Daten vor, die in diesem Fall einen sachgerechten Vergleich zwischen dem Wert des Basisjahres und dem Flächenwert zum Antragszeitpunkt ermöglichen. Da die Antragstellerin auch keine anderen, geeigneten Nachweise für den Flächenzuwachs vorgelegt hat, kann dem Begehren der Antragstellerin nicht stattgegeben werden. Somit wird der zum Antragszeitpunkt geltend gemachte Wert für den Parameter versorgte Fläche in Höhe von [REDACTED] km² nicht anerkannt.

Vor diesem Hintergrund stellt die Beschlusskammer auf den im Rahmen des Erweiterungsfaktoranspruchs 2016 für das Jahr 2017 ermittelten Wert ab, um die Parameterveränderung zwischen dem Basisjahr und dem Antragszeitpunkt sachgerecht zu berücksichtigen. Dabei werden die aus dem Effizienzvergleich stammenden Werte des Basisjahres fortgeführt. Die Werte der geografischen und der versorgten Fläche aus dem Effizienzvergleich wurden mit dem jeweiligen Verhältnis der Flächenangabe (Stand: 31.12.2015) zum Flächenwert (Stand: 31.12.2011) bezogen auf das gesamte Gebiet der Stadt Chemnitz (inklusive Amtsberg) gewichtet.

	31.12.2011		31.12.2015	
	geografische Fläche [km ²]	versorgte Fläche [km ²]	geografische Fläche [km ²]	versorgte Fläche [km ²]
inetz GmbH - Chemnitz (Vollversorgung)	[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]
inetz GmbH - Amtsberg	[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]
insgesamt	[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]	[REDACTED]

geografische Fläche inetz GmbH (Teilversorgung Chemnitz) inkl. Amtsberg (Basisjahr) [km ²]:	154,53
versorgte Fläche inetz GmbH (Teiversorgung Chemnitz) inkl. Amtsberg (Basisjahr) [km ²]:	54,27

Daraus ergibt sich für die geografische Fläche zum Antragszeitpunkt ein anzusetzender Wert in Höhe von [REDACTED] km² und für die versorgte Fläche zum Antragszeitpunkt ein anzusetzender Wert in Höhe von [REDACTED] km². Damit wurde die von der Antragstellerin geltend gemachte geografische Fläche um [REDACTED] km² und die versorgte Fläche um [REDACTED] km² gekürzt.

Die Doppelerfassung von Anschlusspunkten gemischter Stationen in der Netzebene Mittelspannung sowohl bei der Anzahl von Anschlusspunkten der Letztverbraucher als auch bei der Anzahl von Anschlusspunkten der nachgelagerten eigenen Netzebenen wurde eliminiert, indem die Anzahl der Anschlusspunkte von Letztverbrauchern von [REDACTED] auf [REDACTED]

wurde. Die Beschlusskammer hat somit insgesamt die Anzahl der Anschlusspunkte in der Mittelspannung von [REDACTED] auf [REDACTED] angepasst.

Die Parameter der Hochspannungsnetze bleiben gemäß § 10 Abs. 4 ARegV unberücksichtigt.

4.1.2. Belastungsgrenze in den Umspannebenen

Der Anschluss dezentraler Erzeugungsanlagen kann zu einem erhöhten Ausbaubedarf in den Umspannebenen führen. Als Umspannebene sind Bereiche von Elektrizitätsversorgungsnetzen definiert, in denen eine Transformation elektrischer Energie von Hoch- zu Mittelspannung oder Mittel- zu Niederspannung erfolgt (§ 2 Nr. 7 StromNEV). Transformatoren sind dabei als wesentliche Bindeglieder zwischen Netzebenen anzusehen. Mit der Übertragung elektrischer Energie zwischen verschiedenen Spannungsebenen wird die entscheidende Funktion der Umspannebene erfüllt. Transformatoren sind in der Umspannebene die wichtigste Komponente. Die Nutzung nachrangiger Betriebsmittel, wie etwa Sammelschienen, ist insoweit nicht ausreichend, um die Umspannebene zu betreiben.

Wird die Höchstbelastung der Transformatoren vom „Abtransport“ der Erzeugungsleistung bestimmt, so kann der Zubau dezentraler Erzeugungsanlagen zu einer steigenden Zahl von Ortsnetzstationen bzw. zusätzlicher Umspannkapazität führen. Nach der konkretisierenden Festlegung zur Verwendung anderer Parameter zur Ermittlung des Erweiterungsfaktors nach § 10 Abs. 2 S. 2 Nr. 4 ARegV für Elektrizitätsverteilernetzbetreiber (vgl. Ziffer 2.) ist dies der Fall, wenn das Verhältnis der installierten dezentralen Erzeugungsleistung zur Jahreshöchstlast den Wert 1,3 übersteigt. Der zusätzliche Erweiterungsbedarf steigt dann annähernd linear mit der Höhe der installierten dezentralen Erzeugungsleistung und wird durch die Veränderung der Definition der Jahreshöchstlast berücksichtigt.

Übersteigt das Verhältnis der installierten dezentralen Erzeugungsleistung zur Jahreshöchstlast in den Umspannebenen den Wert 1,3, so ändert sich die Definition der Jahreshöchstlast von der zeitgleichen lastseitigen Höchstlast hin zu der zeitungleichen und vorzeichenunabhängigen (flussrichtungsunabhängigen) Höchstbelastung aller Stationen einer Umspannebene.

Das Verhältnis der installierten dezentralen Erzeugungsleistung zur Jahreshöchstlast in der Umspannebene Hochspannung/Mittelspannung beträgt [REDACTED] und liegt somit [REDACTED] Belastungsgrenze von 1,3. Das Verhältnis der installierten dezentralen Erzeugungsleistung

zur Jahreshöchstlast in der Umspannebene Mittelspannung/Niederspannung beträgt [REDACTED] und liegt [REDACTED] der Belastungsgrenze von 1,3.

Der Parameter [REDACTED] wird somit in der Umspannebene Hochspannung/Mittelspannung und in der Umspannebene Mittelspannung/Niederspannung [REDACTED] definiert.

4.1.3. Belastungsgrenze in den Netzebenen

Der Parameter „Anzahl der Einspeisepunkte dezentraler Erzeugungsanlagen“ wird mit einem Äquivalenzfaktor (z) gewichtet. Die Bestimmung des Äquivalenzfaktors ist abhängig von dem Verhältnis der installierten dezentralen Erzeugungsleistung zur Jahreshöchstlast. Übersteigt dieses Verhältnis in den Spannungsebenen Mittelspannung und Niederspannung den Schwellenwert von 30%, wird der Äquivalenzfaktor individuell bestimmt. Pro Netzebene wird ein individueller Äquivalenzfaktor ermittelt, der von der relativen Zunahme der Einspeisepunkte in der jeweiligen Spannungsebene beeinflusst wird. Ein etwaiger Rückgang der Anschlusspunkte bzw. Einspeisepunkte bleibt hierbei zugunsten des Netzbetreibers unberücksichtigt.

Das Verhältnis der installierten dezentralen Erzeugungsleistung zur Jahreshöchstlast in der Spannungsebene Mittelspannung beträgt [REDACTED] und liegt somit [REDACTED] der Belastungsgrenze von 0,3. Das Verhältnis der installierten dezentralen Erzeugungsleistung zur Jahreshöchstlast in der Spannungsebene Niederspannung beträgt [REDACTED] und liegt [REDACTED] der Belastungsgrenze von 0,3.

Der Äquivalenzfaktor in den Spannungsebenen Mittelspannung und Niederspannung beträgt somit [REDACTED]

4.1.4. Gewichtung

Anlage 2 zu § 10 ARegV sieht vor, dass sich der bei der Bestimmung der Erlösbergrenze zu berücksichtigende Erweiterungsfaktor für das gesamte Netz als gewichteter Mittelwert über alle Netzebenen, für die vorab jeweils ein eigener Faktor errechnet wird, ergibt.

Die Netzebenen bestehen aus den Spannungsebenen Hochspannung, Mittelspannung und Niederspannung und den Umspannebenen Hochspannung/Mittelspannung und Mittelspannung/Niederspannung.

Die Schlüssel für die Gewichtung der Formelerggebnisse sind aus den Daten des Basisjahres 2011 und an Hand des Kostenstellenschlüssels zu ermitteln.

Bei der Ermittlung des Erweiterungsfaktors hat die Beschlusskammer die Gewichtung aus dem Beschluss vom 19.07.2019 (Aktenzeichen: BK8-16/1893-21) zugrunde gelegt.

Dabei wird der Erweiterungsfaktor für die Hochspannung (gleich 1) mit der Kostenstelle der Hochspannung gewichtet. Der so ermittelte gewichtete Erweiterungsfaktor für das gesamte Netz wird dann bei der Berechnung der jährlichen Anpassungsbeträge auf die gesamten Kosten inkl. der Hochspannung angewendet.

4.2. Ermittlung der Anpassung

Zur Bestimmung der Höhe der Anpassungen der kalenderjährlichen Erlösobergrenzen der Antragstellerin hat die Beschlusskammer in einem ersten Schritt den anerkennungsfähigen Erweiterungsfaktor (EF_t) gemäß der in Anlage 2 zu § 10 ARegV enthaltenen Formel und der Festlegung zur Verwendung anderer Parameter zur Ermittlung des Erweiterungsfaktors nach § 10 Abs. 2 S. 2 Nr. 4 ARegV für Elektrizitätsverteilernetzbetreiber vom 08.09.2010 ermittelt.

Der so ermittelte Erweiterungsfaktor wurde von der Beschlusskammer in einem zweiten Schritt in die in der in Anlage 1 zu § 7 ARegV enthaltenen Regulierungsformel eingesetzt. Dabei hat die Beschlusskammer die Anpassungen der dauerhaft nicht beeinflussbaren Kosten gem. § 4 Abs. 3 i.V.m. § 11 Abs. 2 ARegV nicht mit berücksichtigt, da diese von der Antragstellerin selbst anzupassen sind und nicht von der Beschlusskammer. Zwar obliegt die Anpassung des VPI ebenfalls der Antragstellerin, die Beschlusskammer hat jedoch informationshalber den für das Jahr 2018 anzuwendenden VPI auf Basis des tatsächlichen Wertes ($107,4 = \text{VPI } 2016^1$) den Berechnungen zu Grunde gelegt. In einem dritten Schritt hat die Beschlusskammer dann die Anpassung der Erlösobergrenze aus der Differenz der festgelegten kalenderjährlichen Erlösobergrenzen der Antragstellerin (nach Korrektur um Netzgebietsveränderungen) und der sich nunmehr unter Berücksichtigung des anerkennungsfähigen Erweiterungsfaktors ergebenden Erlösobergrenze errechnet.

¹ Vgl. <https://www-genesis.destatis.de/genesis/online>, unter den Menüpunkten „Themen“ → „61 | Preise“ → „611 | Verbraucherpreise“ → „61111 | Verbraucherpreisindex für Deutschland“ → „61111-0001 | Verbraucherpreisindex (inkl. Veränderungsrate): Deutschland, Jahre“

III.

Hinsichtlich der Kosten nach § 91 EnWG ergeht ein gesonderter Bescheid.

IV.

Folgende Anlagen sind Bestandteil dieses Beschlusses:

Anlage 1 Bestimmung des Erweiterungsfaktors

Anlage 2 Anpassung der Erlösobergrenze

Rechtsmittelbelehrung

Gegen diesen Beschluss kann innerhalb eines Monats nach Zustellung Beschwerde erhoben werden. Die Beschwerde ist bei der Bundesnetzagentur (Hausanschrift: Tulpenfeld 4, 53113 Bonn) einzureichen. Es genügt, wenn die Beschwerde innerhalb der Frist bei dem Oberlandesgericht Düsseldorf (Hausanschrift: Cecilienallee 3, 40474 Düsseldorf) eingeht.

Die Beschwerde ist zu begründen. Die Frist für die Beschwerdebegründung beträgt einen Monat. Sie beginnt mit der Einlegung der Beschwerde und kann auf Antrag von dem oder der Vorsitzenden des Beschwerdegerichts verlängert werden. Die Beschwerdebegründung muss die Erklärung, inwieweit der Beschluss angefochten und seine Abänderung oder Aufhebung beantragt wird, und die Angabe der Tatsachen und Beweismittel, auf die sich die Beschwerde stützt, enthalten. Die Beschwerdeschrift und Beschwerdebegründung müssen durch einen Rechtsanwalt unterzeichnet sein.

Die Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung (§ 76 Abs. 1 EnWG).

Vorsitzender

Beisitzer

Beisitzer

Bourwieg

Petermann

Albrecht

Bestimmung des Erweiterungsfaktors

Bezeichnung	Einheit	vom Netzbetreiber beantragte Werte	anerkannte Werte Bundesnetz- agentur	Abweichung
(für die Berechnung des Erweiterungsfaktors relevante Parameter im Basisjahr (Stand: 31.12.2011))				
F _{0, MS} - Geografische Fläche in der MS-Ebene	[km ²]		154,53	
F _{0, NS} - Versorgte Fläche in der NS-Ebene	[km ²]		54,27	
AP _{0, MS} - Anzahl der Anschlusspunkte in der MS-Ebene	[Stück]			
AP _{0, NS} - Anzahl der Anschlusspunkte in der NS-Ebene (inkl. Straßenbeleuchtung)	[Stück]			
EP _{0, MS} - Anzahl der Einspeisepunkte von dezentralen Erzeugungsanlagen	[Stück]			
EP _{0, NS} - Anzahl der Einspeisepunkte von dezentralen Erzeugungsanlagen	[Stück]			
EP _{EEG, 0, NS} - Einspeisepunkte der EEG-Anlagen, die auch Anschlusspunkte sind	[Stück]			
L _{0, NS/MS} - Zeitgleiche Jahreshöchstlast aller Entnahmen aus der MS/MS-Ebene	[kW]			
L _{0, MS/NS} - Zeitgleiche Jahreshöchstlast aller Entnahmen aus der MS/NS-Ebene	[kW]			
(für die Berechnung des Erweiterungsfaktors relevante Parameter im Jahr t (Antragsdatum: 30.06.2017))				
F _{t, MS} - Geografische Fläche in der MS-Ebene	[km ²]			
F _{t, NS} - Versorgte Fläche in der NS-Ebene	[km ²]			
AP _{t, MS} - Anzahl der Anschlusspunkte in der MS-Ebene	[Stück]			
AP _{t, NS} - Anzahl der Anschlusspunkte in der NS-Ebene (inkl. Straßenbeleuchtung)	[Stück]			
EP _{t, MS} - Anzahl der Einspeisepunkte von dezentralen Erzeugungsanlagen	[Stück]			
EP _{REP, t, MS} - seit dem Basisjahr durch Repowering ersetzte Einspeisepunkte dezentraler Erzeugungsanlagen	[Stück]			
EP _{t, NS} - Anzahl der Einspeisepunkte von dezentralen Erzeugungsanlagen	[Stück]			
EP _{REP, t, NS} - seit dem Basisjahr durch Repowering ersetzte Einspeisepunkte dezentraler Erzeugungsanlagen	[Stück]			
EP _{EEG, t, NS} - Einspeisepunkte der EEG-Anlagen, die auch Anschlusspunkte sind	[Stück]			
EP _{EEG, REP, t, NS} - seit dem Basisjahr durch Repowering ersetzte Einspeisepunkte der EEG-Anlagen in der NS, die auch Anschlusspunkte in der NS sind	[Stück]			
L _{t, NS/MS} - Zeitgleiche Jahreshöchstlast aller Entnahmen aus der MS/MS-Ebene	[kW]			
L _{t, MS/NS} - Zeitgleiche Jahreshöchstlast aller Entnahmen aus der MS/NS-Ebene	[kW]			

Bezeichnung	Einheit	vom Netzbetreiber beantragte Werte	anerkannte Werte Bundesnetzagentur	Abweichung
Gewichtung				
GeW _{H12} -	Gewichtung auf Grundlage der Kosten der Kostenstelle Hochspannung inklusive Messung und Abrechnung exklusive vorgelagerte Netzkosten und vermiedene Netzentgelte			
GeW _{M15} -	Gewichtung auf Grundlage der Kosten der Kostenstelle Mittelspannung inklusive Messung und Abrechnung exklusive vorgelagerte Netzkosten und vermiedene Netzentgelte			
GeW _{N15} -	Gewichtung auf Grundlage der Kosten der Kostenstelle Niederspannung inklusive Messung und Abrechnung exklusive vorgelagerte Netzkosten und vermiedene Netzentgelte			
GeW _{H15/M15} -	Gewichtung auf Grundlage der Kosten der Kostenstelle Hochspannung/Mittelspannung inklusive Messung und Abrechnung exklusive vorgelagerte Netzkosten und vermiedene Netzentgelte			
GeW _{M15/N15} -	Gewichtung auf Grundlage der Kosten der Kostenstelle Mittelspannung/Niederspannung inklusive Messung und Abrechnung exklusive vorgelagerte Netzkosten und vermiedene Netzentgelte			
für die Berechnung der Schwellenwerte relevante Parameter				
L _{L,MS} -	Zeitgleiche Jahreshöchstlast aller Entnahmen in der MS-Ebene	[kW]		
L _{L,NS} -	Zeitgleiche Jahreshöchstlast aller Entnahmen in der NS-Ebene	[kW]		
I _{L,MS} -	Installierte dezentrale Erzeugungsleistung der MS-Ebene	[kW]		
I _{L,NS} -	Installierte dezentrale Erzeugungsleistung der NS-Ebene	[kW]		
I _{L,H15/M15} -	Installierte dezentrale Erzeugungsleistung der HS/MS-Ebene	[kW]		
I _{L,M15/N15} -	Installierte dezentrale Erzeugungsleistung der MS/NS-Ebene	[kW]		
Schwellenwerte				
Verhältnis der installierten dezentralen Erzeugungsleistung zur Höhe der Last in der MS-Ebene (Schwellenwert 0,3)				
Verhältnis der installierten dezentralen Erzeugungsleistung zur Höhe der Last in der NS-Ebene (Schwellenwert 0,3)				
Verhältnis der installierten dezentralen Erzeugungsleistung zur Höhe der Last in der HS/MS-Ebene (Schwellenwert 1,3)				
Verhältnis der installierten dezentralen Erzeugungsleistung zur Höhe der Last in der MS/NS-Ebene (Schwellenwert 1,3)				
Äquivalenzfaktor z				
$z_{MS} = \max(\text{WURZEL } EP_{L,MS} - \text{WURZEL } EP_{0,MS}) / ((\text{WURZEL } (AP_{L,MS} + EP_{L,MS}) - \text{WURZEL } (AP_{0,MS} + EP_{0,MS})); 1)$, wenn $I_{L,MS} / L_{L,MS} > 0,3$				
$z_{NS} = \max(\text{WURZEL } EP_{L,NS} - \text{WURZEL } EP_{0,NS}) / ((\text{WURZEL } (AP_{L,NS} + EP_{L,NS}) - \text{WURZEL } (AP_{0,NS} + EP_{0,NS})); 1)$, wenn $I_{L,NS} / L_{L,NS} > 0,3$				
$AP_{L,i} = AP_{0,i}$, wenn $AP_{L,i} < AP_{0,i}$				
$EP_{L,i} = EP_{0,i}$, wenn $EP_{L,i} < EP_{0,i}$				
Erweiterungsfaktor für die Parameter Fläche und Anschlußpunkte				
$EF_{L,MS} = 1 + 1/2 * \max((F_{L,MS} - F_{0,MS}) / F_{0,MS}; 0) + 1/2 * \max(((AP_{L,MS} + EP_{L,MS}) - (AP_{0,MS} + EP_{0,MS})) / (AP_{0,MS} + EP_{0,MS}); 0)$				
$EF_{L,NS} = 1 + 1/2 * \max((F_{L,NS} - F_{0,NS}) / F_{0,NS}; 0) + 1/2 * \max(((AP_{L,NS} + z_{MS} * EP_{L,NS}) - (AP_{0,NS} + z_{MS} * EP_{0,NS})) / (AP_{0,NS} + z_{MS} * EP_{0,NS}); 0)$				
$EF_{L,H15} = 1 + 1/2 * \max((F_{L,H15} - F_{0,H15}) / F_{0,H15}; 0) + 1/2 * \max(((AP_{L,H15} + z_{NS} * EP_{L,H15}) - (AP_{0,H15} + z_{NS} * EP_{0,H15})) / (AP_{0,H15} + z_{NS} * EP_{0,H15}); 0)$				
Erweiterungsfaktor für den Parameter Jahreshöchstlast				
$EF_{L,H15/M15} = 1 + \max((L_{L,H15/M15} - L_{0,H15/M15}) / L_{0,H15/M15}; 0)$				
$EF_{L,M15/N15} = 1 + \max((L_{L,M15/N15} - L_{0,M15/N15}) / L_{0,M15/N15}; 0)$				
Gewichteter Erweiterungsfaktor für das Netz				
$EF_i = EF_{L,MS} * GeW_{H15} + EF_{L,H15/M15} * GeW_{H15/M15} + EF_{L,M15/N15} * GeW_{M15/N15} + EF_{L,NS} * GeW_{N15} + EF_{L,H15} * GeW_{H15} + EF_{L,M15} * GeW_{M15} + EF_{L,N15} * GeW_{N15}$				
Anpassung der Erlösobergrenze				
2018		[EUR]		

Anpassung der Erlösobergrenze

Jahr	Vorübergehend nicht beeinflussbare Kostenanteile [EUR]	+ nicht abgebaute beeinflussbare Kostenanteile [EUR]	+ Anpassung aus VPI abzgl. Pf [EUR]	= Basis [EUR]	x Erweiterungsfaktor	= angepasster Betrag der EOG [EUR]	Anpassungsbetrag der EOG [EUR]
2018							

Verwendete Regulierungsdaten			
Jahr	VPI	Pf	Effizienzwert
2011 (VPI ₀)	102,1		96,24%
2014	104,1	0,0150	
2015	105,7	0,0302	
2016	106,6	0,0457	
2017	106,9	0,0614	
2018	107,4	0,0773	